

Appeasement 2002

i Vor 16 Monaten schrieb die *ami* nach der Amtseinbombung des 41. US-Präsidenten: "Da hilft kein rot-grünes Appeasement mehr, hier sind deutliche Worte und Taten der Abgrenzung notwendig" Und über den schweigenden deutschen Außenminister: "Mit solch sauberen Freunden lassen sich Menschen- und Völkerrecht in die Tonne treten." (Editorial 3/01) Genau das wurde am 12. Juli 2002 im UN-Sicherheitsrat umgesetzt: Resolution 1422 gewährt allen US-Truppen Immunität vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag, für dessen Errichtung besonders die europäischen NATO-Regierungen acht Jahre gestritten hatten. Nach vier Amtsjahren ("Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik"), zwei Kriegen und zahlreichen Völkerrechtsbrüchen dämmert der scheidenden Bundesregierung, daß die amerikanische Gutsherrenpolitik über Leichen geht, ja, daß es George W. Bush zunehmend egal ist, ob Freund oder Feind hinter ihm auf der Strecke bleiben.

Mit neuem Feindbild hat die US-Administration für eine furiose Aufrüstung gesorgt, Rüstungsbegrenzungsregime wie ABM, START II oder B-Waffenkonvention erledigt, die NATO zum Büttel des neuen US-Oberkommandos degradiert, "präventive Defensivkriege" und Scharmützel sollen künftig - auch mit nuklearen "smart bombs" - zur Tagespolitik zählen, beiläufig wird die UNO demontiert.

Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecezorek-Zeul hatte Anfang Juli erstmals in einer Liste 20 Punkte benannt, an denen die Bundesregierung nicht mit der US-Administration übereinstimmt - späte Altersweisheit?

Zur Causa UNO: Am 1. Juli 2002 nahm der Internationale Strafgerichtshof/ISTGH seine Arbeit in Den Haag auf. Am 2. Juli verweigerte die US-Administration im UN-Sicherheitsrat die Verlängerung des SFOR-Mandats für Bosnien, weil sie es ablehnt, daß künftig US-Soldaten wie der Rest der Welt für Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord vor dem ISTGH angeklagt werden könnten. Die kurzfristige Konsequenz: alle 14 derzeitigen UN-Missionen standen zur Disposition. Vor der Erpressung, alle Blauhelme nach Hause zu schicken und damit der "Schwatzbude UNO" den letzten Zahn zu ziehen, knickte der Sicherheitsrat ein. Da die Regierungen auf künftige Militärmissionen nicht verzichten wollten und sich ohne UN-Mandat als Totengräber des Völkerrechts beteiligt hätten, entschieden sie am 12. Juli, sich erpressen zu lassen: der UN-Sicherheitsrat gewährte all jenen für 12 Monate Immunität vor dem Internationalen Strafgerichtshof, die

sein römisches Statut nicht unterzeichnet haben; - nach einem Jahr kann der Sicherheitsrat diesen Freibrief für Menschenrechtsverletzungen weiter verlängern. Damit hat der UN-Sicherheitsrat Ansehen und Funktionsfähigkeit der UNO als globale Hüterin von Menschenrecht und Gleichberechtigung selbst demontiert. Müßig zu spekulieren, wem die UNO das nächste Mal ihre Reputation à la carte verkauft. Hätten die Vereinten Nationen der US-Erpressung widerstanden, hätte der Abzug der UN-Missionen nicht nur die perspektivlose Valiumstrategie mancher UN-Mission ans Licht gebracht (Balkan, Zypern, Pakistan, Libanon); die Politik wäre endlich wieder gefordert gewesen, sich mit der tatsächlichen Beilegung der oft Jahrzehnte verdrängten Konflikte zu befassen - und nicht zuletzt mit der destruktiven Rolle, die die US-Supermacht in diesen Konfliktregionen spielt.

Doch die UNO ist nur ein Nebenkriegsschauplatz; - es geht um politischen Klartext: in Konfliktregionen, gegenüber den USA, zur Unangemessenheit des Militärs, den Offenbarungseid der NATO und zum Völkerrecht.

Seit einem Jahr stolpern die Potentaten der Welt nun dem US-Präsidenten in seinen Schützengräben hinterher, egal ob sie durch Asien, Nahost, den Orbit oder durch den eigenen Vorgarten führen. Nur mit ihrer Hilfe konnte der Terror-Krieg die Feindbilder des Kalten Krieges nahezu ersetzen und damit den gigantisch nutzlosen Militärapparat eine neue Legitimation verschaffen.

Das amerikanische Credo zur 50-Jahrfeier der NATO 1999 - "with the UN whenever possible, without whenever necessary" - ist mittlerweile Leitsatz einer unilateralen US-Außenpolitik, die statt "politischen Freunden" nur noch befristete "strategische Allianzen" kennt. Was muß der US-Präsident seinen einstigen Verbündeten in erfrischender Frechheit noch zumuten, damit sie ihm auf Augenhöhe antworten?

Höchste Zeit also für eine Inventur der Gemeinsamkeiten, eine Demaskierung der Chimäre des "internationalen Terrorismus", einer Rückkehr zu Grundgesetz und Völkerrecht, zu Politik statt Militär und zum offenen politischen Konflikt mit jedem, der Menschen- und Völkerrecht waffenstarrer Selbsterlichkeit unterwerfen möchte.

Stefan Gose

IMPRESSUM

Herausgeber Verein für friedenspolitische Publizistik e.V., Kurfürstenstr. 14, 10785 Berlin, Fon/Fax: 030/25 79 73 42
redaktion@antimilitarismus-information.de
www.antimilitarismus-information.de

Redaktionskollektiv

Sarah Fritsch, Stefan Gose, Jenny Krüger, Gerhard Piper, Claude Reichelt, Jens Rosenke, Christopher Steinmetz, Björn Tolksdorf

Erscheinungsweise monatlich, darunter unregelmäßig Themenhefte doppelten Umfangs

Preise Jahresabo Inland 30,70 €, Jahresabo Ausland 40,90 € (jeweils incl. Porto), Schnupperabo (2 Normalhefte, 1 Themenheft) 7,70 € (incl. Porto), Einzelheft 2,60 €, Themenheft 3,10 € (jeweils plus Porto), alle Preise incl. 7% gesetzl. Mwst.

Kündigung Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn nicht bis 30. November eine Kündigung zum Jahresende erfolgt ist.

Spendenkonto/Bankverbindung

Verein für friedenspolitische Publizistik e.V., Konto-Nr. 53 97 77 90 00, Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00

Drucklegung 25. Juli 2002

Nachdruck der mit Kürzel gezeichneten Beiträge ist bei Angabe der Quelle und Zusendung von zwei Belegexemplaren ausdrücklich erwünscht.